

Deutschland.

□ **Berlin**, 17. November. Wiener Blätter melden, daß in nächster Zeit eine Zusammenkunft des Grafen Bismarck, des Fürsten Hohenlohe und des Herrn v. Arnim stattfinden werde, um über ein Projekt der beiden letzten Minister Beratungen zu pflegen, wonach eine über die Zollverträge hinausgehende Verbindung der Südstaaten mit dem norddeutschen Bunde noch vor dem Zusammentritt des Zollparlaments zu Stande gebracht werden soll. Von einer solchen Zusammenkunft ist hier nichts bekannt. Bei näherer Erwägung wird man sich sagen müssen, daß durch die Annahme der Zoll- und Allianz-Verträge Seitens Baierns und Württembergs vorläufig für die nationale Verbindung genügt ist, denn die beiden Verträge stehen, wie bekannt, in einem solidarischen Verhältnis zu einander und sichern die Integrität Deutschlands hinlänglich. Es ist bekannt, daß in einem Theile der Bevölkerung Baierns und Württembergs eine nicht zu leugnende Abneigung gegen den Anschluß an den norddeutschen Bund besteht und daß demnach die Anregung der Frage nur bei einer Minorität Anklang finden würde. Unter diesen Umständen ist anzunehmen, daß die Anschlussfrage nicht übereilt wird. Zur Uebereilung ist um so weniger Grund vorhanden, als im Zollparlamente ein Institut geschaffen ist, in welchem die nationale Idee wenigstens in volkswirtschaftlicher Beziehung zur Verkörperung kommen kann; Preußen ist daher nicht geneigt, die Anschlussfrage zu übereilen, da sie zur Lösung noch nicht reif ist. — Unsere frühere Annahme wird nicht bestätigt, daß nämlich der Kriegsminister v. Roon seine Urlaubreise früher nur in Folge der politischen Verhältnisse verlagert hat und daß er dieselbe nunmehr mit seiner Familie in nächster Zeit antreten wird. — Berichte aus Tokuhama thun Meldung von einem Vorgange in den dortigen Gewässern, welcher der preussischen Marine zur großen Ehre gereicht. Sr. Maj. Kriegeschiff „Bischoff“ hat nämlich während seines Aufenthalts in Hakodate Gelegenheit gehabt, die schiffbrüchigen Passagiere des Dampfers „Singapore“ zu retten. Die Schiffsmannschaft, unter Führung des Kapts. Kuhn, hat nicht nur den Dank der Geretteten, sondern wegen ihrer Menschlichkeit, Geschicklichkeit und Energie auch die Anerkennung der Seerichter aller Nationen erhalten. — Aus der Provinz lassen sich immer mehr Zeitungsstimmen vernehmen, welche dem Verbammungsurtheil der großen Blätter gegen die Inseratensteuer nicht beistimmen, sondern die Anhörung von Sachverständigen auch aus den Provinzen verlangen. Zunächst werden allerdings nur Beratungen zwischen Kommissarien der Regierung und Sachverständigen aus Berlin stattfinden, damit ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß unter Umständen später auch noch die Gutachten von Sachverständigen aus den Provinzen gehört werden.

Berlin, 17. November. Se. Majestät der König ließ sich am Freitag Nachmittag auch noch Vorträge von dem Hausminister v. Schleinitz und dem Minister des Innern Grafen Eulenburg halten und begab sich darauf zur italienischen Oper nach dem Victoria-Theater. Sonabend Vormittag empfing Se. Majestät der König, im Beisein des Gouverneurs Grafen Waldersee, des Stadtkommandanten v. Alvensleben, mehrere Militärs, nahm alsdann die Vorträge des Militär- und Civil-Kabinetts, des Geh. Hofraths v. Bock entgegen, erteilte dem Fürsten Lichnowski, dem Ober-Zägermeister Grafen v. d. Uffeburg etc. Audienz und konferierte mit dem Ministerpräsidenten Grafen v. Bismarck. Zum Diner waren mit einer Einladung beehrt der Ministerpräsident Graf Bismarck, der französische Botschafter Benedetti mit dem Militärbevollmächtigten Oberlieutenant Baron v. Stoffel, die Prinzen Adolf und Karl zu Hohenlohe-Ingelfingen, die Minister Graf Eulenburg und v. Schleinitz, der russische Gesandte in Kopenhagen, Baron v. Moltke, der Appellationsgerichtspräsident Breithaupt, der Wirkliche Geh. Oberfinanzrath v. Stranz und mehrere Militärs. Abends wohnte Se. Maj. der König der Balletvorstellung im Opernhause bei.

— Als designirter Stellvertreter für den vom 1. Dezember cr. ab zur Kräftigung seiner Gesundheit auf eine längere Zeitdauer beurlaubten Kriegsminister v. Roon wird, dem militärischen Verlaute nach, jetzt mit großer Bestimmtheit der Generalmajor von Dörmann von der Armee bezeichnet. Derselbe gehörte in den letzten Jahren und bis zu deren erfolgter Auflösung als preussischer Bevollmächtigter der Bundesmilitärkommission in Frankfurt a. M. an, und wurde späterhin aus besonderem Vertrauen nach Berlin berufen und Hr. v. Roon zur Disposition gestellt. Hr. v. Dörmann wird in seiner Stellung als Direktor des Allgemeinen Kriegsdepartements verbleiben.

— Der Köln. Ztg. schreibt man von hier: In Sachen der Konferenz werden mehrere Minister, wie versichert wird, mündlich und vorläufig annehmen, aber hinzufügen, daß, um die Annahme offiziell zu formulieren, sie die Grundlage der Beratung, so wie die Dispositionen des Papstes und Italiens kennen müßten. Man hält für wahrscheinlich, daß Preußen ähnlich antworten dürfte, falls es nicht schon geschehen sein sollte. England, Preußen und Rußland werden voraussichtlich in verschiedener Form antworten. Eine Demonstration durch einen collectiven Act soll vermieden werden. — Bezüglich der Konferenz hört die Spener'sche Zeitung, die sächsische Regierung habe in vollkommen bundesfreundlicher Würdigung der Verhältnisse die Einladung zur Konferenz an das Präsidium des Norddeutschen Bundes abgegeben; auch von Baden sei mit Sicherheit vorausgesehen, daß es eine Entschliebung nur auf Grund einmüthiger deutscher Kundgebung fassen werde.

— Der „B. B. Z.“ zufolge ist vorstern von hier aus durch Reskript des Finanzministers die Genehmigung an die Lotteriedirektionen von Hannover und Danabrod zur weiteren Ausgabe der Loose und Pläne für die nächste Klassen-Lotterie ergangen. Von der im Erlaß d. d. 5. Juli d. J. verfügten Aufhebung beider Lotterien ist vorläufig abgesehen und Verfügung erteilt, die zu

erwarteten Einnahmen und Ausgaben in den Staatshaushalts-Etat des nächsten Jahres aufzunehmen.

— Gegen Herrn Twetten ist, wie die „Nat.-Ztg.“ meldet, bereits unter dem 14. d. Mts. in Folge des Kriminalerkenntnisses vom 11. d. M. durch das Präsidium des Stadtgerichts die Suspension vom Amte für die weitere Dauer des Prozesses verfügt worden. Während der Amtssuspension beziehen Beamte nur die Hälfte ihres Gehalts.

— Die „N. Pr. Z.“ schreibt: Daß der Staatshaushalts-Etat für 1868 in Einnahme und Ausgabe balancirt, ergibt schon die Thronrede, wohl aber weniger bekannt dürfte es sein, daß er sich von dem diesjährigen nur um 10 Mill. unterscheidet. Der Etat für 1867 beträgt 169 Mill. (rund) und der für 1868 159 Mill. Zum Verständnis ist dabei zu bemerken, daß in dem Etat für 1868 die Einnahmen und Ausgaben für den norddeutschen Bund fortgefallen und dagegen die Einnahmen und Ausgaben der neu erworbenen Provinzen, für welche für 1867 Spezialetat aufgestellt waren, hinzugefügt sind.

— Wie wir hören, haben die polnischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses beschlossen, für den Fall, daß das Abgeordnetenhaus beschließen sollte, eine Adresse an Se. Majestät den König zu erlassen (eine Idee, die übrigens in allen Fraktionen des Hauses Anklang findet) bei dem Passus über die auswärtigen Angelegenheiten ein Amendement in einer für Deutschland sympathischen Richtung unter Hinweis auf das Verfahren der russischen Regierung in den deutschen Posenprovinzen einzubringen.

— Wie wir hören, hat sich jetzt der Abgeordnete v. Jordan bereit erklärt, die Wahl als Präsident des Abgeordnetenhauses anzunehmen. Es steht demnach zu erwarten, daß bei der Ende nächster Woche stattfindenden Präsidentenwahl die Wahl des Herrn v. Jordan mit an Einstimmigkeit grenzender Majorität erfolgen dürfte. In Betreff der Vicepräsidenten ist bis jetzt, wie wir hören, noch keine Einigung zwischen den Parteien erfolgt. Von Seiten der Liberalen ist man, wie es heißt, dahin übereingekommen, bei der Wahl nicht über die Freikonservativen hinauszugehen, namentlich also dem von konservativer Seite wieder für die Funktion eines Vice-Präsidenten in Aussicht genommenen Abg. Grafen zu Eulenburg (Deutsch-Grone) ihre Stimmen nicht zu geben. Wie wir hören, ist für die eine Funktion als Vice-Präsident der Abg. Graf v. Bismarck von dieser Seite in Aussicht genommen und wird neben ihm als zweiter Vicepräsident der Abg. v. Bennigsen genannt. — In Betreff der Wahl der Schriftführer ist man allgemein der Ansicht, die früher für dieses Amt gewählten Mitglieder wieder zu wählen. In Betreff des nicht wieder gewählten Abg. Cornely liegt es in der Absicht, den Abgeordneten Dr. Beder (Dortmund) zu wählen. Für die Presse speziell würde diese Wahl nur willkommen sein können, da, wenn dem Abgeordneten Dr. Beder gleich dem Abg. Cornely die auf die Presse bezüglichen Angelegenheiten übertragen würden, diese dann wenigstens sich in eingeweihten Händen befinden würden, die es sich gewiß zur Aufgabe rechnen werden, der Presse ihr ohnehin schwieriges Amt nach Möglichkeit zu erleichtern.

— Gestern Vormittag fand im Abgeordnetenhaus die Konstituierung der Abteilungen statt. Dieselbe erfolgte in nachstehender Weise: I. Abteilung: Vorsitzender Abg. Dr. Waldeck, Stellvertreter Abg. v. Bennigsen, Schriftführer Abg. Bahlmann, Stellvertreter Abg. Sachs. II. Abteilung: Vorsitzender Abg. v. Denzinger, Stellvertreter Abg. Bied, Schriftführer Abg. Ebllo, Stellvertreter Abg. v. Wangenheim. III. Abteilung: Vorsitzender Abg. von Bonin (Genthin), Stellvertreter Dr. Braun (Wiesbaden), Schriftführer Abg. Scharnweber, Stellvertreter Abg. v. Salber. IV. Abteilung: Vorsitzender Abg. Freiherr von Vinde (Minden), Stellvertreter Abg. v. Savigny, Schriftführer Frhr. von Buddenbrod, Stellvertreter Abg. Dr. Künze. V. Abteilung: Vorsitzender Abg. Stavenhagen, Stellvertreter Abg. Dechend, Schriftführer Abg. von Sybel, Stellvertreter Abg. Bödmer. VI. Abteilung: Vorsitzender Abg. v. Köller, Stellvertreter Abg. Rothe, Schriftführer, Abg. von Seydewitz, Stellvertreter Abg. v. Pommer-Esche. VII. Abteilung: Vorsitzender Abg. v. Bodum-Dolffs, Stellvertreter Abg. Pfmann, Schriftführer Abg. v. Kleinsorgen, Stellvertreter Abg. Witt-Vogdanowa. Die Vorstandswahlen in den Abteilungen waren seit der Maßstab für die Parteistellungen und die später für die Zusammensetzung der Fachkommissionen vorzunehmenden Wahlen. Danach zu urtheilen würde die Linke nur in der ersten und in der siebenten Abteilung die Majorität haben, in den übrigen Abteilungen jedoch die Konservativen in der Majorität sein; der Vorstand wird nämlich in der ersten Abteilung von zwei Fortschrittsleuten, einem Nationalliberalen und einem Konservativen gebildet, in der zweiten aus drei Konservativen und einem Allliberalen, in der dritten aus zwei Konservativen, einem Allliberalen und einem Nationalliberalen, in der vierten aus einem Konservativen, zwei Freikonservativen und einem Allliberalen, in der fünften von einem Konservativen, einem Freikonservativen, einem Allliberalen und einem Nationalliberalen, in der sechsten aus vier Konservativen und in der siebenten aus zwei Nationalliberalen und zwei Mitgliedern des linken Centrums. — Uebrigens ist, wie es heißt, bei der Wahl in den einzelnen Abteilungen, namentlich in Betreff der Vorsitzenden, manch harter Kampf vorgekommen und soll sogar in einzelnen Fällen nur das Loos entschieden haben.

Breslau, 15. November. Heute Nachmittag um 1¾ Uhr waren in dem Regulirungshause der Allen-Osanzstalt auf der Siebenhüfener Straße mehrere Arbeiter beschäftigt, als plötzlich eine furchtbare Explosion erfolgte, wodurch das bezeichnete Gebäude selbst vollständig zerstört wurde. Leider fanden bei dieser Gelegenheit drei der Arbeiter ihren Tod, während einer so schrecklich verbrannt wurde, daß er schwerlich gerettet werden dürfte, und noch sechs

andere sind mehr oder minder verletzt. Die Explosion, deren Ursache noch nicht ermittelt werden konnte, war so heftig, daß die Fenster nicht bloß in den benachbarten, sondern auch in weit entfernt stehenden Gebäuden gesprungen sind. Die Feuerwehr war bald zur Stelle, ihre Thätigkeit beschränkte sich nicht bloß darauf, die Unglücksstätte aufzuräumen und aus dem Schutte die verstümmelten Leichen der Verunglückten hervorzubohlen, sondern sie hatte auch volllauf zu thun, die brennenden Holztheile zu löschen.

Kassel, 14. November. Die Schlussansprache des Herrn v. Bennigsen an die Mitglieder des nunmehr aufgelösten Nationalvereins hatte, nach der „Hessischen Morgenztg.“ etwa folgenden Inhalt: Die Auflösung des Vereins ist nunmehr beschlossen. Unter dieser alten Fahne kommen wir also nicht mehr zusammen; das ist schmerzlich zu empfinden. Ist auch das Band formell gelöst, so hört doch die Erinnerung an die gemeinsame Thätigkeit nicht auf, besonders nicht in den Führern, welche stets das Vertrauen der Genossen besaßen. Im Verein sind politische und persönliche Freundschaften geschlossen. Die Mitglieder werden auch für die Zukunft Beruf und Gelegenheit genug haben, für die Ziele des Vereins zu wirken. Die Einheit Deutschlands wird in einigen Jahren erreicht sein, denn es steht die preussische Regierung an der Spitze und Jedermann weiß die Vorteile zu schätzen, welche es hat, daß Preußen endlich seine Mittel dem Einheitsgedanken zur Verfügung gestellt hat. Wir wissen, wie uneinig das Volk bei jeder Krisis seit 1848 war; eine große Uebereinstimmung für eine bestimmte Form der Einheit war im Volke niemals zu erlangen, denn Centralisten und Föderalisten, Monarchisten und Republikaner durchkreuzten stets gegenseitig ihre Pläne. Nachdem dann endlich Preußen das Einigungswerk in die Hand genommen hat, wird dem Volke viele Mühe erspart. Schwieriger ist die Arbeit für die Herbeiführung der Freiheit im Innern. Im Nationalverein hatten sich die patriotischen Männer zusammengefunden, um erst mal eine ansehnliche Opposition gegen die Reaktion zu Wege zu bringen und sie begründen in dem Verein alte Gegensätze. Jetzt aber geben die Parteien, welche sich so vereinigt hatten, gegen einander, eine Vereinigung derselben ist jetzt nicht möglich. Verschiedene Zeiten erfordern verschiedene Mittel und Formen. Durch das vorige Jahr ist die Vereinigung zerfallen und wir wollen sie jetzt nicht wieder herstellen. Anlaß, mitunter dasselbe zu thun, wird den besonders im östlichen Preußen vorhandenen Konservativen gegenüber oftmals vorhanden sein, darum aber läßt sich die Vereinigung nicht herstellen. Wir wollen den Gegensatz nicht schärfen, aber ein billiges und gerechtes Verhältnis herstellen. Von den Ultramontanen ist der Verein von Anfang an mit Haß verfolgt; das sind die eigentlichen Gegner Deutschlands. Wenn wir uns jetzt trennen, so thun wir es mit dem festen Entschluß, für die Freiheit und Einheit Deutschlands weiter zu kämpfen. Es lebe das eine und freie Deutschland!!! Die Versammlung stimmte in ein dreimaliges Hoch und trennte sich dann.

Berlin, 16. November. (Herrenhaus.) Zu Schriftführern sind gewählt: die Herren von Gugmerow, Graf von der Gröben-Ponarien, von Reibnitz, Graf Seber-Hof, Frhr. v. d. Marwitz, Reichsfürst, Graf York, Beyer, Fürst Putbus, Denhard, Graf Hardenberg, Freiherr v. Romberg. — Die Abteilungen haben sich in folgender Weise konstituiert. I. Abteilung: Vorsitzender von Meining, stellvert. Vorsitzender Graf zu Solms-Baruth, Schriftführer Denhard, stellvert. Schriftführer Freiherr v. Romberg. II. Abteilung: Vorsitzender v. Plög, stellvert. Vorsitzender Dr. Göge, Schriftführer Graf York, stellvert. Schriftführer Graf Hardenberg. — III. Abteilung: Vorsitzender von Frankenberg-Ludwigsdorf, stellvert. Vorsitzender v. Kleist-Regow, Schriftführer v. Brincken, stellvert. Schriftführer Graf v. d. Gröben-Ponarien. — IV. Abteilung: Vorsitzender v. Alben, stellvert. Vorsitzender Dr. v. Neumann, Schriftführer Dr. Zellkamp, stellvert. Schriftführer Hohrecht. — V. Abteilung: Vorsitzender Prinz zu Hohenlohe, stellvert. Vorsitzender Graf v. Wittberg, Schriftführer Hasselbach, stellvert. Schriftführer Hansmann.

Leipzig, 16. November. Die in der Stadtverordneten-Versammlung beantragte Erklärung gegen den Beschluß der ersten Kammer, betreffend die Verwerfung des Koch'schen Antrages auf Erlass eines neuen Wahlgesetzes, wurde einstimmig genehmigt. Adressen für den Bürgermeister Koch und für das Festhalten an der Wahlreform sind ausgelegt und finden zahlreiche Unterschriften.

München, 16. November. Die Reichsrathskammer hat den von der Kammer der Abgeordneten angenommenen Gesetzentwurf, welcher alle Zinsbeschränkungen aufhebt, angenommen, dagegen die von der Abgeordnetenkammer beantragte Aufhebung der Todesstrafe verworfen.

München, 17. November. Fürst Hohenlohe ist gestern aus Aussee zurückgekehrt. Nachdem die Einladung zur Konferenz der bayerischen Regierung gestern zugegangen, hielt der Ministerrath zwei Sitzungen. Die Entschliebung der Regierung ist noch ungewiß. Wie man versichert, werden Seitens der Diplomatie für und gegen die Teilnahme Baierns an der Konferenz große Anstrengungen gemacht. — Die „Süddeutsche Presse“ spricht von Fehlern, die französischer Seite bei der Einladung zur Konferenz gemacht worden und meint, die augenblickliche Lage der deutschen Verhältnisse hätte mehr geschont werden sollen, als es geschehen zu sein scheint. — Dasselbe Blatt bespricht die von mehreren Zeitungen gemachten Andeutungen, daß das Verhältnis zwischen Oesterreich und Preußen sich gegenwärtig besser gestalte und bemerkt hierzu, es würde österreichischerseits ein Irrthum sein, anzunehmen, daß mit dem Prager Frieden wieder ein absoluter Stillstand in den deutschen Verhältnissen eingetreten sein könne. Der Prager Friede bilde zwar unzweifelhaft die Grundlage für die gegenwärtigen Zustände, diese Zustände könnten aber nicht petrifizirt werden. Ein freundschaftliches Verhältnis zwischen Oesterreich, Preußen und Frankreich müsse sich nicht auf diese Zustände, sondern auf die Bewegung gründen, durch welche die deutschen Angelegenheiten zu einem befriedigenden Ziele entgegengedrängt werden.

